

Aachener Zeitung

MITTAG, 18. MAI 2009 · 64. JAHRGANG



SCHWER IN FORM
Calmund geht
Halbmarathon

► Seite 8



SONG CONTEST
Strippen mit Gesang
landet auf Platz 20

► Seite 6



ZWEI PUNKTE VERLOREN
Alemannia Aachen muss
den Aufstieg abhaken

► Sport

Nummer 114

1,00 Euro

IM LOKALTEIL

► Misshandlung in JVA: Vorwürfe erhoben

Aachen. Heute müssen sich zwei Gefängniswärter wegen des Vorwurfs gefährlicher Körperverletzung vor Gericht verantworten. Die heutige Leiterin der JVA verwarft sich allerdings gegen den Vorwurf, dass Übergriffe in der Anstalt an der Tagesordnung seien.

► Auftakt zum Fahrradsommer

► Kontinentale lockt mit Kulturangebot

WETTER



► Wetterkarte Bunte Seite

TELEGRAMME

Kinderschutzbund will Doku-Serie stoppen

Wuppertal. Der Deutsche Kinderschutzbund will die Ausstrahlung der RTL-Doku-Fernsehserie „Erwachsen auf Probe“ verhindern. „Kinder dürfen keine Objekte fragwürdiger Fernsehexperimente sein“, heißt es in einer von der Mitgliederversammlung des Kinderschutzbundes verabschiedeten Resolution. Auch wenn die Serie schon gedreht sei, die Ausstrahlung und mögliche Fortsetzungen sollten verhindert werden. (epd)

Wissenslücken in Allgemeinbildung

Hamburg. Beim Wissenstest des Magazins „Spiegel“ haben die Teilnehmer deutliche Wissenslücken in der Allgemeinbildung offenbart. So wisse selbst unter Studenten nicht einmal die Hälfte, dass am kommenden Samstag die Bundesversammlung den Bundespräsidenten wähle, berichtete das Magazin. Im Durchschnitt wurden 24,5 der 45 Aufgaben richtig gelöst. Mehr als 600 000 Menschen nahmen am Test teil. (afp)

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Tel: 0180/1001400*
Fax: 0241/5101-790

Anzeigen-Annahme:
Tel: 0180/1001 200*
Fax: 0241/5101-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de



Kontaktsuche: Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm bei ihrem Besuch in Aachen ein Bad in der Menge.

Foto: Michael Jaspers

Mit Steuersenkung aus der Krise?

Die Kanzlerin will die kalte Progression abschaffen und damit vor allem mittlere Einkommen entlasten. Das kündigt sie bei ihrem **Besuch in Aachen** an. Einen Zeitplan nennt sie dafür jedoch nicht.

Aachen/Berlin. Die Steuerdebatte bestimmt immer mehr den Wahlkampf. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstrich am Wochenende die Bedeutung von Steuerentlastungen als Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Merkel sagte beim Auftakt des CDU-Europawahlkampfes in Aachen vor rund 3000 Zuschauern auf dem Katschhof, nur mit Investitionen in die Zukunft und mit Entlastungen gelinge der Weg aus der für Deutschland schlimmsten Krise in den vergangenen 60 Jahren. „Entlastung, Zukunftsinvestition und solide Haushaltsführung gehören für uns zusammen“, sagte sie.

Nachdem Merkel auf dem Weg vom Markt auf den Katschhof ein Bad in der Menge genommen hatte, versprach die Kanzlerin Eingriffe in das Steuersystem zum Vorteil der Menschen mit mittleren Einkommen. So dürfe es nicht länger sein, dass mehr Lohn automatisch auch Steuererhöhungen nach sich ziehe. Merkel kündigte die Abschaffung der sogenannten kalten Progression des Steuersatzes an.

Einen Zeitpunkt dafür nannte sie allerdings nicht.

Laut „Spiegel“ hatte Merkel aber am vergangenen Montag im CDU-Präsidium noch erklärt, vor Mitte der kommenden Legislaturperiode werde es vermutlich keinen Spielraum für niedrigere Steuern geben. Dem Bericht zufolge legte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) Wert darauf,

schnelle Steuersenkungen zumindest nicht auszuschließen. Steuererleichterungen sollen nach Angaben des Magazins im Wahlprogramm nun damit begründet werden, dass das Wachstum angekurbt werden müsse, wenn die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt überschritten habe. Seehofer bekräftigte am

Wochenende im Deutschlandfunk, die Politik dürfe nicht „bis Ende des Jahres 2013 jede Gestaltung einstellen“ und mahnte Erleichterungen auch bei der Lohn- und Einkommenssteuer an. Auch ihm geht es um die Beseitigung der „kalten Progression“, einer Art laufender Steuererhöhung infolge von Lohnsteigerungen. Das Unionsprogramm für die Bundestagswahl im September soll Ende Juni verabschiedet werden.

SPD-Chef Franz Müntefering sieht dagegen keinen Spielraum für Entlastungen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck forderte, jede Art von Steuersubvention müsse auf den Prüfstand. (ben/dpa)

► Seite 3, Kommentar S.4

Westerwelle gegen die Union

FDP-Parteichef Guido Westerwelle (Bild) warf CDU und CSU vor, sich mehr und mehr von einer Entlastung der Bürger zu verabschieden. Die Unions-Spitzen wollten eine Entlastung erst nach Eintritt des Wirtschaftswachstums als „Dividende eines Aufschwungs“, kritisierte er. Die FDP sehe sie hingegen als Voraussetzung für einen Aufschwung. Generalsekretär Dirk Niebel betonte, Steuersenkungen seien „gerade jetzt“ notwendig. Sie seien „das beste Konjunkturprogramm“.

Kritik an der FDP kam von der CSU. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer sagte mit Blick auf die Angriffe der FDP gegen die Union: „Das ist eine Rhetorik, die dem Ernst unserer Lage nicht angemessen ist, und einfach Klammern.“ CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sagte: „Nicht überall, wo FDP drauf steht, ist auch bürgerliche Politik drin.“ (dpa)



Ärzte wollen Leistungen kürzen

Gesundheitsrat soll bestimmen, welche Behandlungen Kassen übernehmen

Berlin. Deutschlands Ärzte schlagen vier Monate vor der Bundestagswahl Alarm. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) warnte vor dem Kollaps des derzeitigen Systems, das jedem Versicherten die freie Auswahl seiner Ärzte ermöglicht. Die Bundesärztekammer trommelte kurz vor dem Ärztetag für völlig neue Regeln: Die Krankenkassen sollten wenigstens nicht mehr zu Lasten Schwerkranker sparen, wie es heute der Fall sei. Der Marburger Bund als Vertreter der Krankenhausärzte klagte über zu wenig Mittel für aktuelle Medizin. Die Krankenkassen hielten energisch gegen.

„Es sollte nicht übersehen werden, dass die niedergelassenen Ärzte trotz einer historischen Wirtschaftskrise eine gewaltige

Honorarsteigerung bekommen“, sagte die Vorsitzende des Kassen-Spitzenverbands, Doris Pfeiffer. Für Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe ist dies kein Argument. Aus Sicht der Ärzte sei Aufstockung auf

„Ich verstehe nicht, dass
Ärztevertreter gleichzeitig
über mehr Honorar für Ärzte
und Leistungskürzungen für
die Versicherten reden.“

**DORIS PFEIFFER, VORSITZENDE
DES KASSEN-SPITZENVERBANDES**

30,5 Milliarden Euro 2009 dagegen ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Hoppe sagte der „Berliner Zeitung“: „Wir erleben Rationierung in mannigfacher Form.“ Bei Krebspatienten fielen Therapien

etwa gegen Übelkeit oft unter den Tisch. Gespart werde auch bei Kassenpatienten mit Demenz oder Multipler Sklerose. Ein Gesundheitsrat solle dem Gesetzgeber anhand von Dringlichkeit vorschlagen, was die Kassen noch bezahlen. „Kriterien können sein, ob eine Krankheit lebensbedrohlich ist, ob es einen hohen Leidensdruck gibt und ob andere Menschen gefährdet sind.“ Der Marburger Bund unterstützte Jörg-Dietrich Hoppes Forderung, Prioritäten zu setzen.

Die Krankenkassen stemmen sich gegen die Forderungen. „Ich verstehe nicht, dass Ärztevertreter gleichzeitig über mehr Honorar für Ärzte und Leistungskürzungen für die Versicherten reden“, sagte die Doris Pfeiffer. „Die gute Versorgung der Patientinnen und Patienten gehört in das Zentrum der Debatte und nicht Arzthonorare oder Spekulationen über Leistungskürzungen.“ (dpa)

Kita-Streik geht weiter

Gewerkschaften weiten Protestaktion aus

Berlin. Der Streik in öffentlichen Kindertagesstätten wird zu Beginn dieser Woche auf weitere Bundesländer ausgedehnt. Erzieher und Sozialarbeiter in kommunalen Kitas und Jugendämtern wollen heute und morgen auch in Bayern und Niedersachsen die Arbeit niederlegen, kündigte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an. Weitere Schwerpunkte werden wieder Baden-Württemberg und das Saarland sein. Auch im Raum Aachen wird weiter gestreikt. Bereits am vergangenen Freitag hatten 11 000 Erzieher die Arbeit ausgesetzt. In sieben Bundesländern wurden hunderte Kitas lahmgelegt.

Die Gewerkschaften GEW und Verdi wollen für die bundesweit 220 000 Erzieherinnen und Sozialarbeiter bei den Kommunen einen Gesundheitsschutz-Tarifvertrag durchsetzen. GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad sagte am Sonntag laut Mitteilung in Frank-

furt: „Die Arbeitgeber werden mit ihren Einschüchterungsversuchen keinen Erfolg haben.“ Sie reagierte damit auf Äußerungen der kommunalen Arbeitgeber, der Streik sei nicht rechtmäßig. „Sie hätten spätestens nach den Warnstreiks am 6. Mai reagieren und ein konstruktives Verhandlungsangebot vorlegen können“, sagte Schaad.

Kritik am Arbeitsausstand

Der Geschäftsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Hartmut Matiske, hatte den Gewerkschaften im Deutschlandradio Kultur vorgeworfen, den Arbeitgebern keine angemessene Zeit eingeräumt zu haben, eine Entscheidung in ihren Gremien herbeizuführen. „Das ist der erste Streik, den ich erlebe, wo die Gewerkschaften zu einem Streik aufrufen, ohne dass vorher Verhandlungen stattgefunden haben.“ (dpa)



Schon dabei?

5ZWO-Start: Ansturm auf Online-Plattform

Aachen. Das Interesse war gewaltig: Zeitweilig ging nichts mehr auf 5ZWO, dem am Wochenende gestarteten regionalen Internet-Netzwerk der AZ. Hunderte von Neuanmeldungen sorgten am Samstag für längere Wartezeiten. 5ZWO ist eine kostenlose Plattform für alle Internetnutzer aus dem Raum Aachen, Düren und Heinsberg. Privatpersonen, Vereine, Gruppen und Musiker haben dort vielfältige Möglichkeiten, sich vorzustellen und Kontakte zu knüpfen.

Unsere neue Community:
www.5zwo.de